

I. ERINNERN IN VIELFALT

In Deutschland hat etwa jede/r fünfte EinwohnerIn einen Migrationshintergrund, die Einwanderungsgesellschaft ist also längst Realität. Migration hat unsere Gesellschaft verändert und wird sie in Zukunft noch vielfältiger machen. Schon jetzt ist für viele Kinder Deutsch nicht mehr die einzige Muttersprache. In naher Zukunft werden mehr als die Hälfte der ErstklässlerInnen in ihren Familien mehr als eine Sprache erlernen und sprechen. MigrantInnen und Geflüchtete, die nach Deutschland kommen, bringen ihre eigenen Erfahrungen und Geschichten mit. Damit stellt sich die Frage, wie aus den vielen verschiedenen Perspektiven und Erzählungen eine gemeinsame Erinnerungskultur entstehen kann. Für die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen ist klar: Zu einer ernst gemeinten Integration gehört der demokratische Dialog über verbindende und oft genug trennende Erinnerungskulturen unbedingt dazu. Natürlich handelt es sich hierbei um kein neues Thema, es bekommt aber angesichts der aktuellen Migrationsbewegungen eine neue Dringlichkeit. Dieses Papier soll die Debatte voranbringen, denn gerade jetzt, wo so viele Menschen mit ihren Geschichten in unserem Land Zuflucht suchen, scheint jetzt der richtige Zeitpunkt dafür zu sein, neu über Erinnerungskultur und ihre Formen, Formate und Methoden nachzudenken.

Beide Seiten – die sogenannte Mehrheitsgesellschaft und diejenigen, die zu uns kommen – verändern sich durch Migrationsbewegungen. Die Autorin Carolin Emcke schreibt, es gehe in diesem Prozess darum „sich nicht allein der besonderen Tiefe der Schuld der Vergangenheit bewusst zu bleiben, sondern auch wachsam in der Gegenwart zuzuhören, von welchen Verletzungen die Neuankömmlinge berichten und was ihre Erzählungen an Erinnerungen bergen.“ Und weiter schreibt sie: „Es werden sich nicht allein die Perspektiven der Geflüchteten öffnen, sondern auch unsere eigenen. Wer wir als Gesellschaft sein wollen, wird sich auch darin zeigen, ob und wie eine solche zeitoffene, vielstimmige Erzählung gelingt.“¹

Trotz „Willkommenskultur“ und dem Interesse vieler Menschen an den Schicksalen von Geflüchteten, spielen die individuellen Erinnerungen und Herkunftsgeschichten von MigrantInnen in der Debatte über Erinnerungskultur nach wie vor kaum eine Rolle. Da MigrantInnen aber ein selbstverständlicher Teil der Gesellschaft sind, kommen wir um die Klärung wesentlicher Fragen nicht herum: Wie muss der Erinnerungskonsens unter den Bedingungen von Migration und Flucht neu ausgehandelt und vermittelt werden? Wie werden die Verbrechen des Nationalsozialismus zukünftig im kollektiven Gedächtnis verankert? Und was heißt es für das Verhältnis Deutschlands zu seiner Kolonialgeschichte, wenn Menschen aus ehemaligen deutschen Kolonien nach Deutschland kommen? Das sind Fragen, denen wir uns gemeinsam stellen müssen. Von der Bundesregierung ist zu diesen Fragen nichts Zukunftsweisendes zu hören. Die Erinnerungspolitik der Großen Koalition setzt auf Institutionalisierung und Ritualisierung, auf eine starre, standardisierte Form der Erinnerung. Man hat manchmal den Eindruck:

¹ Carolin Emcke: „Erinnern“, Süddeutsche Zeitung vom 29. Januar 2016.

Wenn es für die wichtigsten Opfergruppen des Nationalsozialismus ein Denkmal im Regierungsviertel gibt, dann ist für die Bundesregierung die erinnerungspolitische Arbeit weitestgehend getan. So wichtig die symbolische Sichtbarkeit der deutschen Geschichte im öffentlichen Raum ist, den gesellschaftlichen Veränderungsprozessen durch Flucht und Migration wird eine Erinnerungskultur, die vorrangig auf Gedenkort setzt, nicht gerecht. Die gesellschaftliche Dynamik, die durch Migration in unsere Gesellschaft kommt, wird so weder aufgenommen noch (erinnerungs-)politisch gestaltet.

Wenn wir als grüne Bundestagsfraktion im Folgenden Positionen zur Erinnerungskultur in der Einwanderungsgesellschaft formulieren, geht es darum, gemeinsame Grundlagen für eine zeitgemäße Erinnerungskultur zu formulieren. Wir wollen diesen Prozess im Dialog und auf Augenhöhe gestalten, nicht als paternalistische Integration in vorgegebene Standards. Gleichzeitig darf Erinnerungskultur bei aller Vielstimmigkeit nicht beliebig werden. 2007 hat die Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen das Positionspapier „Kritisch Erinnern – Grüne Positionen zur Aufarbeitung der Vergangenheit“ beschlossen. Darin steht der zentrale Satz: „Die Verbrechen des Nationalsozialismus prägen die deutsche Identität und bedeuten eine Verantwortung, die niemals ‚loszuwerden‘ ist.“ Die Shoah ist und bleibt der zentrale Bezugspunkt der Erinnerungskultur in Deutschland. Grundlage für den gemeinsamen Aushandlungsprozess sind die Werte der europäischen Verfassungstradition: Freiheit, Demokratie, die Gleichheit aller Menschen und der Geschlechter sowie ein selbstbestimmtes Leben für alle. Für die Essentials der offenen Gesellschaft – Toleranz, Freiheit, Selbstbestimmung – gilt es kontinuierlich zu kämpfen. So sind etwa die Anerkennung der religiösen Vielfalt und die Anerkennung des Existenzrechts Israels Grundsätze, die nicht zuletzt aufgrund der deutschen Geschichte niemals aufgegeben werden dürfen.

Der fortbestehende Antisemitismus, der bis in die Mitte der Gesellschaft einschließlich migrantischer Communities reicht, der anschlussfähige anti-muslimische Rassismus und die Angriffe auf Flüchtlingsheime – oft unter wohlwollender Beobachtung „braver Bürger“ – zeigen, dass die Verantwortung aus der deutschen Geschichte sich nie von selbst versteht und immer wieder aufs Neue erstritten werden muss. Und die Debatten um die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ haben gezeigt, dass in bestimmten konservativen Milieus immer noch vor allem Deutsche als Opfer in den Fokus gerückt werden und das Leid anderer dort wenig Beachtung findet oder gegen das eigene Opfergefühl aufgerechnet wird.

Grüne Politik steht für Offenheit, Vielfalt und die Bereitschaft zu – oft langwierigen – Veränderungsprozessen. Wir haben ein positives Menschenbild, da wir wissen, dass Menschen sich und ihre Einstellungen ändern können. Wir wollen Erinnerungskultur für unterschiedliche Perspektiven öffnen. Die Unterscheidung in „Wir“ und „Sie“ darf nicht weiter zementiert werden. Zukünftige Debatten sollten endlich jenseits der einfachen Kategorien von Identität und Differenz geführt werden.

Durch den Austausch auf der Grundlage demokratischer Werte kann aus den verschiedenen Geschichten etwas Neues entstehen, das auf viel umfassendere Weise identitätsstiftend sein kann. Eine solche offene und plurale Erinnerungskultur kann nur entstehen, wenn die Geschichten und Perspektiven aller Menschen, die in Deutschland leben, ernst genommen werden und Teil eines demokratischen Aushandlungsprozesses werden. Die Geschichten der sogenannten GastarbeiterInnen – etwa aus dem Ruhrgebiet – können hier einen wichtigen Bezugspunkt für aktuelle Debatten bilden. Die Fundamente des „Neuen Wir“, über das aktuell oft gesprochen wird, wurden bereits seit den fünfziger Jahren gelegt, und der wirtschaftliche Aufschwung Deutschlands wäre ohne Einwanderung nicht denkbar gewesen. Dieser Teil der deutschen Migrationsgeschichte hat Deutschland verändert und gehört zu einer Erinnerungskultur, die die Narrative der Eingewanderten ernst nimmt, essentiell dazu.

II. MULTIPERSPEKTIVISCHE ERINNERUNGSKULTUR IN DER OFFENEN GESELLSCHAFT

In Zeiten großer Migrationsbewegungen definieren sich Zugehörigkeit, Bindung und Identifikation kontinuierlich neu. In jedem deutschen Klassenzimmer treffen tagtäglich unterschiedliche Geschichten und Erinnerungen an Unrecht und Verfolgung aufeinander. In vielen westdeutschen Großstädten ist die Mehrheit der Schülerinnen und Schüler zwar deutsch, ihre Eltern wurden aber nicht in Deutschland geboren. Durch die Integration von Geflüchteten an Schulen bekommt dies eine neue Aktualität und Intensität. Wir wollen den „Neuen Deutschen“ schon heute so begegnen als seien sie künftige deutsche StaatsbürgerInnen. Die Herausforderung besteht darin, den verschiedenen Perspektiven gerecht zu werden. Hierfür brauchen wir neue Instrumente für eine neue Form der Ansprache und der Einbindung. Diese müssen der Multiperspektivität in der Erinnerungskultur gerecht werden.

Was meinen wir mit Multiperspektivität? Sie bedeutet für uns, dass eine neue gemeinsame Erinnerungskultur nur entstehen kann, wenn wir die Geschichten und Perspektiven aller Menschen, die in Deutschland leben, wahr- und ernstnehmen. Und dazu gehören eben auch die Geschichten und die Lebenserfahrungen derjenigen, die zu uns einwandern. Schließlich haben MigrantInnen und Geflüchtete viel erlebt und viel erfahren. Und diese zusätzlichen Sichtweisen – auch auf historische Vorgänge – sollten aktiv aufgegriffen werden. Sie können uns ihre Erfahrung und Geschichten erzählen, darüber, wie sie und ihre Vorfahren Kolonialismus erlebt haben – und wie die Folgen kolonialistischer Politik bis heute fortwirken. Sie können uns davon erzählen, wie der Zweite Weltkrieg in den Herkunftsländern ihrer Familien erlebt und durchlitten wurde. Hier könnte Raum entstehen für Erzählungen über erlebte Diskriminierungserfahrungen und diese könnten in Beziehung gesetzt werden zu der Migrations- und (Des)Integrationspolitik der BRD und DDR. Über diese Auseinandersetzung mit gesellschaftlicher Ausgrenzung und Rassismus kann an die Verbrechen des Nationalsozialismus angeknüpft werden – sei es durch die Thematisierung der Verfolgungsgeschichte schwarzer Deutscher und schwarzer Kriegsgefangener oder die Vernichtung slawischer „Untermenschen“ sowie der Roma. Historische Kontinuitäten werden so deutlich sichtbar.

Dieser Prozess hin zu einer multiperspektivischen Erinnerungskultur kann allerdings nicht staatlich verordnet werden. Über die Vielfalt von Opfererfahrungen und Verantwortung müssen wir öffentlich reden, anstatt sie aus dem deutschen Erinnerungsnarrativ auszuschließen. Eine solche Erinnerungskultur will Partizipation ermöglichen und muss daher Gegenstand öffentlicher Debatte sein – eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft.

So bieten inzwischen z. B. das Berliner Anne Frank Zentrum und die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus zusammen mit dem Haus der Wannsee-Konferenz und dem Jüdischen Museum Berlin innerhalb des Netzwerkes Geschichte in Bewegung ein auf die Bedürfnisse einer Gesellschaft der Vielfalt abgestimmtes Angebot. Vergleichbare Arbeit leisten Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage. Hier können sich gerade auch Jugendliche mit den Themen Nationalsozialismus und Holocaust anders als bisher auseinandersetzen, indem sie lernen, unterschiedliche Blickwinkel und Perspektiven einzunehmen und daraus ein multiperspektivisches Gesamtbild zu entwickeln.

Dabei findet ein Austausch statt, der zu gegenseitigem Verständnis führen kann. Geflüchtete wollen nach Deutschland, weil sie hier Demokratie, Freiheit und die Achtung von Menschenrechten erhoffen und erwarten. Menschen, die sich mit Geschichten von Geflüchteten auseinandersetzen, können den Wert unserer Demokratie nochmals ganz neu schätzen lernen. Dies ist überhaupt ein wichtiger Lerneffekt historischen Erinnerns: zu erkennen, dass demokratische Verhältnisse sich nicht von selbst verstehen, sondern immer neu erkämpft, gelernt und eingeübt werden müssen.

Denn, gerade mit Blick auf die Vielstimmigkeit einer Einwanderungsgesellschaft erscheint es uns wenig zielführend und nicht nachhaltig, wenn versucht wird, deutsche Erinnerungskultur – quasi von oben herab – als festgefügtten Kanon historischen Wissens an MigrantInnen und Flüchtlinge weiterzugeben. Eine „Sonderpädagogik für MigrantInnen“ ist der falsche Weg.

In einer offenen Gesellschaft kann Erinnerungskultur deshalb nie statisch und stabil sein, sie muss dynamisch sein und neue Erfahrungen und Widersprüche in demokratischen Prozessen bearbeiten können. Entscheidend hierfür sind zivilgesellschaftliche Initiativen. So wie die kritische Aufarbeitung des Nationalsozialismus von der Zivilgesellschaft gegen den Staat durchgesetzt werden musste, so setzen sich heute verschiedene migrantische und nicht-migrantische Initiativen für einen erinnerungskulturellen Dialog ein. Da Erinnerungskultur nur lebendig bleibt, wenn sie „von unten“ aus der Mitte der Gesellschaft kommt, freuen wir uns über die zivilgesellschaftliche Leidenschaft.

Dabei können Ähnlichkeiten zwischen einzelnen Erinnerungskulturen aber auch Unterschiede zum Vorschein kommen. Aus den unterschiedlichen Perspektiven auf Geschichte können selbstverständlich Konflikte entstehen. Prof. Dr. Astrid Messerschmidt sprach bei einem Fachgespräch der grünen Bundestagsfraktion von einer „konfliktorientierten Erinnerungskultur“.²

Gerade wenn man in der Auseinandersetzung mit Geschichte einen nachhaltigen Effekt erzielen will, sind folgende Dinge wichtig:

- Es geht zum einen um die Fähigkeit – hier im historischen Diskurs – Inhalte und Chiffren etwa von Antisemitismus – aber auch von Rassismus, Islamfeindlichkeit und anderen Formen von Ideologien der Ungleichwertigkeit erkennen und deuten zu können.
- Es braucht zudem eine Haltung der eigenen Glaubwürdigkeit – wozu auch die gegenseitige Bereitschaft zur selbstkritischen Reflexion gehört (z. B. zu den Problemen der Aufarbeitung der NS-Geschichte in der BRD und der DDR).
- Es geht darum, in der Lage zu sein, die mit der Thematisierung erinnerungsgeschichtlicher Aspekte verbundenen Grundwerte (also die Bedeutung von Demokratie, Rechtsstaat und Menschenwürde sowie der Freiheits- und Gleichheitsrechte aller Menschen) lebenswirklich, anschaulich und empathisch vertreten zu können.
- Und schließlich geht es um die Kompetenz, mit Konflikten und Provokationen – zum Beispiel bei der Erörterung der Shoah – souverän umzugehen, indem man in der Lage ist, die Person durch die Eröffnung neuer Blickwinkel herauszufordern – und ihr/ihm gleichzeitig die Möglichkeit neuer Zugangswege anzubieten – und damit in gemeinsamer Arbeit eine Änderung tradierter Sichtweisen zu ermöglichen.

Politische Bildungsarbeit an solchen methodischen Fähigkeiten auszurichten ist sicher eine große Herausforderung. Dies erscheint uns in einer Einwanderungsgesellschaft aber nachhaltiger als der bisherig häufig verfolgte Ansatz der bloßen Vermittlung eines vorher festgefügtten Wertekanons. Die vielfältigen Träger politischer Bildungsarbeit müssen bei dieser Aufgabe unterstützt und gestärkt werden.

² Bei dem öffentlichen Fachgespräch „Gemeinsame deutsche Geschichten? Die neue Vielfalt in der Erinnerungskultur“ der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen am 20.5.2015. Siehe: <https://www.gruene-bundestag.de/themen/kultur/gemeinsame-deutsche-geschichten.html>.

Ziel von Erinnerungskultur ist Auseinandersetzung, nicht falsche Harmonie und folgenlose Selbstvergewisserung. In der öffentlichen Debatte wird die Vielfalt der Perspektiven in der Einwanderungsgesellschaft oftmals als Bedrohung für eine angeblich gefestigte deutsche Erinnerungskultur gesehen, weil unterstellt wird, MigrantInnen hätten grundsätzlich keinen Bezug zur NS-Geschichte. In Literatur oder Film zeigt sich allerdings das genaue Gegenteil, viele eingewanderte KünstlerInnen setzen sich auf neue und höchst individuelle Weise mit der deutschen Geschichte auseinander und überraschen uns mit ihrem Blick auf das Vergangene.

Öffentliche sichtbar wird Multiperspektivität natürlich nicht nur in Kunst und Kultur. Nicht zuletzt die Medien haben hier eine wesentliche Funktion. Die großen erinnerungspolitischen Debatten der Vergangenheit wurden von TV- und Printmedien initiiert, man denke an die Fernsehserie „Holocaust“ oder den vor allem in den Feuilletons geführten „Historikerstreit“. Und so wünschen wir uns heute einen medialen Erinnerungsdiskurs, der offen ist für die vielschichtigen Geschichten und Erzählungen von MigrantInnen und Geflüchteten. Gerade in den unterschiedlichen tradierten Erfahrungshintergründen (Opfer deutscher Besatzung, Widerstand, Kollaboration etc.) liegt eine große Chance, die Spezifik und Vielschichtigkeit der deutschen Vernichtungspolitik herauszuarbeiten. Multiperspektivität ist keine Bedrohung, sie kann die deutsche Erinnerungskultur bereichern und neu mit Leben füllen.

So wünschenswert eine solche multiperspektivische Erinnerungskultur ist, so wenig darf die „korrekte“ Erinnerung als Mittel der Grenzkontrolle oder als Integrationsiegel dienen. Herkunftssdeutsche sind nicht Erziehungsberechtigte qua Abstammung. Auch in der sogenannten Mehrheitsgesellschaft gibt es – über die Generationengrenzen hinweg – „Nachholbedarf“. Es besteht bei vielen immer noch ein eklatantes Unwissen über Nationalsozialismus und den Lebensalltag in der DDR-Diktatur. Und selbstverständlich ist Antisemitismus zu bekämpfen, egal wo er auftritt. Wir müssen Rassismus, Homophobie und Antisemitismus gemeinsam analysieren und bekämpfen. Daher werden wir auch intoleranten und demokratiefeindlichen Positionen innerhalb des Islamismus ebenso engagiert mit demokratischen Mitteln entgegentreten wie überall anders auch.

III. DIE DEUTSCHE KOLONIALGESCHICHTE UND ANDERE WEIßE FLECKEN

Die Verbrechen des deutschen Kolonialismus gehören zu den am meisten verdrängten Etappen der deutschen Geschichte. Die Aufarbeitung beginnt gerade erst, vor allem aufgrund des öffentlichen Drucks zivilgesellschaftlicher Initiativen wie „Berlin Postkolonial“ oder „Freiburg Postkolonial“. Maßgeblich treiben sie die Debatte um Raubgüter, die inhaltliche Gestaltung des Humboldt-Forums oder die Umbenennung von nach Kolonisatoren benannten Straßen und Plätzen voran. Lange Zeit galt Deutschland als die kleine und „harmlose“ Kolonialmacht. Der 100. Jahrestag des Endes der deutschen Kolonialherrschaft hat aber den Völkermord, der im ehemaligen Deutsch-Südwestafrika stattfand, ins öffentliche Bewusstsein gerückt. Der Kolonialismus hat nicht nur die kolonisierten Länder verändert, sondern genauso die Kolonisatoren. Der derzeit viel diskutierte Begriff „Postkolonialismus“ weist auf den wesentlichen Sachverhalt hin, dass der Kolonialismus in unseren Köpfen weiterlebt, und das oft unbewusst. Bis heute prägen kolonialistische Bilder unser Denken: das Bild vom wilden Afrika oder exotistische Vorstellungen des „Fremden“. Sie tragen dazu bei, fortbestehende Machtverhältnisse und tradierte Vorstellungen von Ungleichwertigkeit zu verfestigen.

In einer offenen Auseinandersetzung mit dem deutschen Kolonialismus könnte die oft formelhafte Rede vom „Dialog der Kulturen“ endlich mit Leben gefüllt werden. Die Art und Weise, wie wir als Gesellschaft die deutsche Kolonialgeschichte zum Thema machen, kann Auskunft geben über den Status quo der deutschen Gesellschaft und den Prozess der Globalisierung, zu

dessen Geschichte der Kolonialismus gehört. Unabhängig davon ist die Aufarbeitung der Kolonialgeschichte eine moralische Verantwortung – gerade im Kontext der aktuellen Flüchtlingsdebatte darf die koloniale Gewaltgeschichte nicht ausgeblendet werden. Viele Menschen aus ehemaligen Kolonien sind bereits eingewandert und weitere werden nach Deutschland kommen. Sie bringen die ins kollektive Gedächtnis ihrer Heimatländer eingebrannten Kolonialerfahrungen mit. Die öffentliche Debatte über Formen und Räume der Erinnerung an den Kolonialismus geht nur in Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Initiativen und nur im gleichberechtigten Dialog mit den Nachfahren der Kolonisierten und den afrikanischen Gemeinden in Deutschland. Die Aufarbeitung der deutschen Kolonialgeschichte muss als Dialog auf Augenhöhe stattfinden. Allerdings hat die Bundesregierung die Bedeutung dieses Themas für eine erneuerte und lebendige Erinnerungskultur bisher nicht erfasst. Ein konkreter Ort, wo dieser Dialog zukünftig stattfinden könnte, wäre aus unserer Sicht eine HistorikerInnenkommission mit WissenschaftlerInnen aus Deutschland und den ehemals kolonisierten Ländern.

IV. WAS TUN? DIE ZUKUNFT DES ERINNERNS

Geschichte lässt sich nicht „stilllegen“, sie ragt immer in die Gegenwart hinein. Das zeigte sich zuletzt an der Debatte um die „Kriegsenkel“, die deutlich gemacht hat, dass Traumatisierungen durch Krieg und Gewalt an die Nachfolgenerationen weitergegeben werden und diese schwer belasten können.³

Im Prozess der – unabschließbaren – Aufarbeitung bleiben stets weiße Flecken, die zu neuen Debatten führen. Zuletzt wurden die sowjetischen Kriegsgefangenen nach jahrelangen Debatten entschädigt, aktuell engagieren sich KünstlerInnen und AktivistInnen im Zentralrat der Asozialen in Deutschland für die Anerkennung der Diskriminierungserfahrungen der sogenannten Asozialen im „Dritten Reich“. Und es gibt eine Debatte über das historische Gedenken an den Völkermord an den Armeniern. Das Engagement für lange ausgegrenzte und teilweise bis heute nicht gewürdigte Opfergruppen gilt es im Sinne einer lebendigen und kritischen Erinnerungskultur zu unterstützen und zu integrieren. Die NS-Gedenkstätten leisten hier trotz oft geringer Ausstattung hervorragende Arbeit.

Zentrales Anliegen ist deshalb für uns, dass zivilgesellschaftliche Initiativen ausreichend Unterstützung und Gedenkstätten ausreichend Finanzierung und Personal erhalten müssen, damit sie als autonome Lernorte neue Erinnerungskonzepte entwickeln können. Die strukturelle Unterfinanzierung der Gedenkstätten ist nicht hinzunehmen, selbst Gedenkstätten wie Buchenwald oder Sachsenhausen sind trotz Beschäftigung von Honorarkräften oder der Unterstützung durch Fördervereine nicht in der Lage, der Nachfrage nach Führungen gerecht zu werden. Die Kooperation mit Schulen und Projekten, die Geschichte erfahrbar machen, muss stärker gefördert werden. Die Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder hat hier als bisher einzige FachministerInnenkonferenz wichtige neue Impulse für ein „kultursensibles und multiperspektivisches Erinnern“ gesetzt. Der auf Initiative der nordrhein-westfälischen Ministerin für Schule und Weiterbildung Sylvia Löhrmann während ihrer KMK-Präsidentschaft entstandene Kultusministerkonferenz-Beschluss „Erinnern für die Zukunft. Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch-politischer Bildung in der Schule“ (Dezember 2014) betont insbesondere die Bedeutung außerschulischer Lernorte und Gedenkorte, wenn

³ Siehe hierzu die Seite www.kriegsenkel.de.

es darum geht, Jugendliche für Geschichte und Erinnerungskultur zu interessieren.⁴

Historische und politische Bildung bilden eine Einheit, das eine ist ohne das andere nicht zu haben. Wir brauchen deshalb eine neue Ansprache und neue Instrumente, damit diese Themen auch denjenigen Schülerinnen und Schülern vermittelt werden können, die zwar aufgrund ihrer eigenen Migrationsgeschichte keinen unmittelbar familiär-historischen Bezug zur deutschen Historie haben, dafür aber selber ihre eigenen geschichtlichen Erfahrungen „im Gepäck“ mitbringen – oder die ihrer Eltern und/oder Großeltern. In diesem Sinne sollten Schulpläne und –bücher kontinuierlich auf ihre Multiperspektivität hin geprüft und aktualisiert werden und Lehrerfortbildungen angeboten werden.

Für die Entwicklung multiperspektivischer Bildungsangebote für Jugendliche werden ausreichend Ressourcen benötigt. Wichtig sind dialogförmige und niedrigschwellige Angebote an Gedenkstätten – und orten, um Erinnerungskultur direkt erlebbar zu machen. Zudem befürworten wir als Bundestagsfraktion die Förderung von Kulturprojekten, die sich mit Erinnerung und Gedenken befassen.

Die Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ wünschen wir uns als einen Ort, an dem aktuelle globale Fluchtbewegungen wissenschaftlich seriös einem größeren Publikum vermittelt werden, die Vertreibung der Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg darf dort nicht im Zentrum stehen. Der europäische Kontext muss immer einbezogen werden. Durch historische Vergleiche zwischen den Vertreibungen heute und jenen nach 1945 können Gemeinsamkeiten entdeckt und Solidaritäten geweckt werden.

Weil die Generationen der Zukunft noch gemischerter und noch diverser sein werden, sind neue und kreative Wege der Vermittlung gefragt. Diese Vermittlung muss offen für Kontroversen sein, auch darauf weist der KMK-Beschluss „Erinnern für die Zukunft“ hin. Lernen entsteht durch Widerstreit. Nur wenn geschichtliche Aufarbeitung durch Konflikte und Widersprüche hindurch geht, kann eine Erinnerungskultur entstehen, die verbindet und nicht trennt und zur Grundlage für ein vielstimmiges „Neues Wir“ werden kann.

⁴ Ständige Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland: Erinnern für die Zukunft. Empfehlungen zur Erinnerungskultur als Gegenstand historisch politischer Bildung in der Schule (Beschluss der KMK vom 11.12.2014).